

# SPARTAKIST



HERAUSGEGEBEN VON DER TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

Nr. 40

OKTOBER 1981

DM 1,-

## Polen: Die Zeit läuft ab

# Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!



Der gewaltige Streik in den Ostseehäfen im August letzten Jahres hat die polnischen Arbeiter vor eine historische Entscheidung gestellt: Angesichts des Bankrotts der stalinistischen Herrschaft, der sich in dramatischer Weise gezeigt hat, würden sie entweder den Weg der blutigen Konterrevolution im Bündnis mit dem Imperialismus oder den der proletarischen politischen Revolution gehen. Mit dem Abkommen von Gdansk und der Entstehung der Arbeitermassenorganisation Solidarność war eine Situation der kalten Doppelherrschaft entstanden. Diese prekäre Lage konnte nicht lange andauern, schrieben wir. Und jetzt ist die Zeit abgelaufen.

Mit ihrem ersten Kongreß von Anfang September treiben entscheidende Elemente von Solidarność ein Programm der offenen Konterrevolution voran. Der Aufruf zur Bildung „freier Gewerkschaften“ innerhalb des sowjetischen Blocks, seit langem schon ein Schlachtruf antikommunistischer Kalter Krieger, ist eine bewußte Provokation Moskaus gewesen. Hinter dem Ruf nach „freien Wahlen“ zum polnischen Parlament, dem Sejm, steht ein Programm von „Demokratie wie im Westen“, das heißt *Restoration des Kapitalismus in Gestalt einer parlamentarischen Regierung*. Und jetzt ruft der führende polnische „Dissident“ Jacek Kuron, einflußreicher Berater von Solidarność und Mitglied der Zweiten Internationale, zur Machtergreifung durch ein konterrevolutionäres Regime auf.

Um ihre Verbindungen zur „freien Welt“ zu unterstreichen, haben die Solidarność-Führer den Kalten Krieger Lane Kirkland, den Chef des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL/CIO, zum zweiten Teil ihres Kongresses eingeladen, der am 26. September begann. Dieser Oberhandlanger des US-Imperialismus in der amerikanischen Arbeiterklasse, der kräftig bei Washingtons antisowjetischer Kriegshetze mitmischte, hatte angekündigt, daß er zur Stelle sein wird, um das Banner der „freien Welt“ in Polen zu schwenken. Begleitet werden sollte Kirkland von I. Brown, dem finsternen AFL/CIO-„Repräsentanten für Europa“, der seine jahrelange Tätigkeit als führender Agent provocateur der CIA gegen die europäische Arbeiterbewegung unter dem unschätzbaren Deckman-

tel eines „Arbeitervertreters“ betreibt. Glücklicherweise verwehrte die Warschauer Regierung diesen beiden Agenten der amerikanischen Bourgeoisie die Einreise nach Polen. Solidarność ihrerseits hat in den USA im New Yorker Büro des Führers der Lehrgewerkschaft, Albert Shanker, eine Vertretung eröffnet. In der Zentrale dieses notorisch rechten Sozialdemokraten, dessen Parteizeitung *New America* den Präsidentschaftskandidaten der Demokraten zur Zeit des Vietnamkrieges, George McGovern, quasi als „Wasserträger der Roten“ und selbst *Nixon* noch als zu „weich“ gegenüber Rußland angriff!

Abgesehen von den formalen Beschlüssen des Kongresses ist die gesamte Aktivität und Herangehensweise von Solidarność die einer Organisation, die es auf die Macht abgesehen hat. Wenige Wochen vor dem Kongreß rief Solidarność-Boss Lech Walesa Druckern, die die Regierungszeitungen bestreikten, zu:

„Ich glaube, eine Konfrontation ist unvermeidbar. Die nächste Konfrontation wird eine totale Konfrontation sein...“

Wir sehen jetzt klarer, daß ohne politische Lösungen nichts erreicht werden kann.

Wir werden den ganzen Krieg gewinnen.“

(*Los Angeles Times*, 21. August)

Auf die Frage, was im Falle einer Ablehnung des Solidarność-Programms über die Arbeiterselbstverwaltung durch den Sejm passieren würde, antwortete der nach Lech Walesa als Nummer 2 angesehene Bogdan Lis bissig: „Vielleicht werden wir ihn auflösen“ (*New York Times*, 13. September). Beim Verlassen des ersten Teils des Kongresses war den 900 Delegierten klar, daß Solidarność daran geht, die Entscheidung über die wirtschaftlichen und politischen Schlüsselfragen selbst in die Hand zu nehmen. Im Solidarność-Mitteilungsblatt *Niezależność* hat Polens prominenter Sozialdemokrat Jacek Kuron jetzt eine Regierung gefordert, die auf einem Solidarność, die katholische Kirche und „gemäßigte“ Vertreter der Kommunisten umfassenden „Rat der nationalen Befreiung“ basieren soll. „Sobald der Rat gebildet ist, wird er die Aktivitäten sämtlicher Behörden einschließlich der Regierung außer Kraft setzen“, fügte Kuron hinzu (UPI-Meldung vom 16. September).



Die weitsichtigeren Vertreter und Sprachrohre des Imperialismus wie die *New York Times* und offenbar auch die Stalinisten begreifen, daß Solidarność nun den Rubikon überschritten hat. In der europäischen Presse wurden amerikanische Spitzenpolitiker zitiert, denen zufolge Polen heute die spannendste und wichtigste Möglichkeit für den Westen seit 1945 bietet. Und das kommt von einer Regierung, der das Wasser im Munde zusammenläuft, sobald sie das Wort „rollback“ hört. Moskau hat die bisher schärfste Warnung verlautbaren lassen, in der von dem belagerten Regime in Warschau erwartet wird, daß es „unverzüglich entschlossene und radikale Schritte zur Unterbindung der böswilligen antisowjetischen Propaganda und der feindseligen Aktionen gegen die Sowjetunion anordnet“. Als Antwort darauf hat die polnische Regierung drastische Aktionen angekündigt. Jedermann ging eigentlich davon aus, daß damit die Ausrufung des Notstands und die Verhinderung des zweiten Teils des Solidarność-Kongresses gemeint war.

Der konterrevolutionäre Kurs von Solidarność hat ein starkes Echo auch beim Anti-Moskau-Zentrum, dem Vatikan, hervorgerufen. Eine Woche nach dem ersten Teil des Kongresses veröffentlichte der aus Krakau stammende Papst Wojtyla seine langerwartete Enzyklika über „Die soziale Frage“. Darin wird die traditionelle *Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums gegen den Sozialismus* durch die Kirche bekräftigt und dem Marxismus der Krieg erklärt, während Gewerkschaften befürwortet werden, solange sie als „positiver Faktor der sozialen Ordnung und Solidarität“ funktionieren. Die polnische Bischofskonferenz hat die Botschaft verstanden und ihre ausdrückliche Unterstützung für die alte Forderung von Solidarność nach größerem Zugang zu den Massenmedien erklärt. Wer bezweifelt es noch, wenn die Führer der Solidarność vom „Neuen Polen“ sprechen, daß sie getreu den von der katholischen Kirche, mit der sie alle so tief verbunden sind, gesetzten Richtlinien handeln. Die päpstliche Enzyklika, geschrieben in polnisch-

Fortgesetzt auf Seite 2

## USA: Stürzt Reagan durch Arbeiteraktion! ..... 4

# Solidarność . . .

Fortsetzung von Seite 1

scher Sprache, könnte sehr gut das Manifest einer konterrevolutionären Mobilisierung in Polen werden.

Die Tatsache, daß nach drei Jahrzehnten von sogenanntem „Sozialismus“ die Mehrheit der polnischen Arbeiterklasse die Schnauze dermaßen voll davon hat, daß sie die Parolen des Kalten Krieges zu den ihren macht, ist eine Anklage gegen den Stalinismus, wie sie vernichtender nicht sein könnte. Die Stalinisten sind es, die mit ihrer alles erstickenden Zensurpraxis und ihren endlosen Fälschungen, ihrer Korruptiertheit,

scharfe Gegner dieser Bedingungen, sie begriffen sie nur als notwendige taktische Zugeständnisse zum damaligen Zeitpunkt. Der Anspruch, die neue Gewerkschaftsbewegung sei nicht politisch, war von vornherein absurd. Die neue Gewerkschaftsbewegung würde, wie wir anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens von Gdansk schrieben, entweder zum Instrument der klerikal-nationalistischen Reaktion werden oder müßte ihr im Namen der Prinzipien des Sozialismus entgegenreten. Es gab und es gibt keinen „Dritten Weg“ und noch viel weniger einen rein gewerkschaftlichen dritten Weg.

Es war von Anfang an klar, daß Walesa & Co. sich selbst als diejenigen ansahen, die die gesamte polnische Nation unter dem Banner

Richtung proimperialistischer Konterrevolution bewegte, hat diese Situation der kalten Doppelherrschaft auf der anderen Seite eine *Öffnung* für die Herausbildung einer genuinen revolutionären Arbeiterpartei geschaffen, die diesen Prozeß *von innen heraus* umkehren könnte. Als Trotzisten orientierten wir uns daher auf das Potential für die Entwicklung einer linken Opposition bei solchen Militanten von Solidarność und der KP, die eine echte „sozialistische Erneuerung“ wünschen und die internationalistischen Traditionen Lenins und Luxemburgs, die durch die stalinistischen Bürokraten pervertiert worden sind, wiederbeleben wollen. Eine revolutionäre Avantgardepartei in Polen würde versuchen, Solidarność zu *spalten* und die

Workers Vanguard Foto



New York, 25. September: Die amerikanischen Trotzisten organisieren eine Protestdemonstration gegen die Eröffnung eines Solidarność-Büros in der Zentrale der rechtssozialdemokratischen prozionistischen Lehrergewerkschaft UFT. Diese Aktion unserer Genossen der Spartacist League erregte die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Presse – vom Wall Street Journal bis zur Welt.

ihrer schreienden Mißwirtschaft und ihrer stets von zynischen „Demokratisierungs“-Versprechen begleiteten Unterdrückung demokratischer Rechte das von seiner Geschichte her sozialistische polnische Proletariat in die Arme des Vatikans und der „AFL/CIA“ getrieben haben.

Es ist ebenfalls wichtig zu betonen, daß 15 bis 20 Prozent der polnischen Arbeiter, wie berichtet wird, sich *nicht* an den Mobilisierungen der Solidarność beteiligt haben, trotz des gewaltigen auf ihnen lastenden sozialen Drucks, dies zu tun. Die Mehrzahl dieser Arbeiter hat sich wahrscheinlich eine gewisse Loyalität für die Sache des Kommunismus bewahrt und steht dem klerikalen Nationalismus von Walesa & Co. feindlich gegenüber. Aber heute sind solche Arbeiter eindeutig in der Minderheit und in der Defensive, während die Solidarność-Führung die Unterstützung der aktiven Mehrheit des polnischen Proletariats besitzt. Somit gibt es jetzt in Polen die Bedrohung durch einen konterrevolutionären Griff zur Macht. Diese Bedrohung muß um jeden Preis und mit allen notwendigen Mitteln zerschlagen werden.

## Solidarność im Zeichen von Adler und Kreuz

Es ist reiner Zynismus, daß die Führer von Solidarność immer noch behaupten, das Gdansk Abkommen vom 31. August 1980 zu befolgen, in dem es heißt, daß die neue Gewerkschaftsbewegung die „führende Rolle“ der Kommunistischen Partei (der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, PVAP) anerkennen, die internationalen Bündnisse Polens (d. h. den Warschauer Pakt) respektieren und sich nicht politisch betätigen würde. Natürlich waren Walesa und seine Kollegen

von Adler und Kreuz in einen Kreuzzug gegen den „von den Russen aufgezwungenen Kommunismus“ führen. Solidarność ist nicht länger eine Gewerkschaft, vielmehr umfaßt sie inzwischen große Teile der Intelligenz, Bürokraten aus den niederen Rängen, Priester usw. Im letzten Winter und Frühjahr zielten viele der Bemühungen von Solidarność darauf ab, die Regierung zur legalen Anerkennung der Organisation der Kleinbauern zu zwingen, der Landsolidarität, einer mächtigen sozialen Kraft für eine Restauration des Kapitalismus. Ende März drohte Solidarność sogar mit einem landesweiten Generalstreik vor allem zugunsten der bäuerlichen Kleinkapitalisten, trotz der Tatsache, daß diese die Lebensmittelpreise für die städtischen Konsumenten hochtrieben.

Örtliche Solidarność-Gruppen haben nicht nachgelassen, ein wahres Sperrfeuer antisowjetischer Propaganda im ekligsten reaktionären Stil zu schießen. Die Solidarność-Zeitung der größten Stallhütte Polens in Katowice druckte z. B. Kapitel aus Solschenizyns *Archipel Gulag* nach und veröffentlichte Cartoons, die direkt der westlichen Boulevardpresse hätten entstammen können. Gleichzeitig wissen die Solidarność-Führer nur Gutes über die Imperialisten zu sagen.

Kein Wunder, daß Ronald Reagan erklären konnte, daß die polnische Krise den Anfang vom Ende des Kommunismus signalisiere, diesen verzweifelten Traum des Weltimperialismus seit 1917:

„... Ich glaube, daß das, was wir nicht nur in Polen sehen, sondern auch die Berichte, die jetzt aus Rußland selbst kommen ... ein Beweis dafür sind, daß der Kommunismus eine Abirrung ist, er ist für Menschen keine natürliche Lebensweise. Und ich glaube, daß wir jetzt die ersten Risse, den Anfang vom Ende sehen.“ (*New York Times*, 17. Juni)

Das waren nicht bloß philosophische Gedankenspielerien. Der US-Imperialismus ist stark damit beschäftigt, die antikomunistische Reaktion in Polen anzustacheln und bedient sich dabei besonders der AFL/CIO-Bürokratie, die bereits 300 000 Dollar und die erste Druckmaschine an Solidarność übergeben hat.

Während die Reagan-Regierung dabei ist, Polen von innen heraus zu unterwandern, versucht sie gleichzeitig die Sowjetunion auch durch solch herausfordernde Erklärungen wie die oben zitierte zu einer militärischen Intervention zu *provizieren*. Reagan und Haig *wollen*, um ihre antisowjetische Kriegshetze zur Weißglut zu bringen, polnische Arbeiter Molotowcocktails auf russische Panzer werfen *sehen*.

Während sich die nun schon seit einem Jahr andauernde polnische Krise in die

Masse der Arbeiter von der antisowjetischen nationalistischen Führung um Walesa weg zu gewinnen. Sie würde ein Programm einbringen, das sich vor allem auf die folgenden Forderungen stützen würde: strikte Trennung von Kirche und Staat; bedingungslose militärische Verteidigung des Sowjetblocks gegen Kapitalismus und Imperialismus und eine politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie; Errichtung einer demokratisch gewählten Arbeiterregierung, die sich auf Sowjets stützt, um eine sozialistische Planwirtschaft unter Einschluß der Kollektivierung der Landwirtschaft durchzuführen. Allerdings sind wir uns darüber im klaren, daß dieses Programm heute in Polen stark gegen den Strom ankämpfen muß, und daß die Haupttendenz darin be-

und dessen Ersetzung durch die (bürgerliche) „Demokratie“ wie im Westen aufzurufen. Vor allem Walesa gefiel sich in der Pose des einfachen Gewerkschafters, als ob Solidarność das Gleiche wäre wie die AFL/CIO oder der DGB. Aber als die Wirtschaft immer mehr in Chaos verfiel, war es jedermann klar, daß bloßes Gewerkschaftertum unmöglich war. Die industrielle und landwirtschaftliche Produktion ist zusammengebrochen, die Läden sind leer, man steht stundenlang Schlange, um Lebensmittel und andere notwendige Waren zu kaufen. Der Vorsitzende des Warschauer Ortsverbandes von Solidarność verglich seine Organisation mit einer Seeleutegewerkschaft auf einem sinkenden Schiff. Die offenkundige Hilflosigkeit der polnischen Stalinisten und das offensichtliche Zögern des Kremls, militärisch zu intervenieren, ermuntert den sogenannten „militanten“ Flügel der Solidarność noch mehr.

Die Organisation machte ihren ersten Anlauf zur Macht auf dem Wirtschaftssektor. Im April kam Solidarność mit einem Programm heraus für die Abschaffung der zentralisierten Planwirtschaft, die Wahl der Fabrikdirektoren durch die Arbeiter und die Unabhängigkeit der Unternehmen auf Basis der Konkurrenz des Marktes. Angesichts der anarchischen Zustände in Polen würden sich die selbstverwalteten Betriebe sehr schnell von jeglicher wirklichen Staatskontrolle, bis auf eine nominelle, loslösen. Die Durchführung des Wirtschaftsprogramms von Solidarność würde zu sofortiger Massenarbeitslosigkeit führen, das Eindringen des imperialistischen Kapitals erleichtern und die Kräfte erheblich stärken, die auf kapitalistische Restauration drängen. Eine ausführliche Diskussion dieses Themas findet sich in unserem Artikel „Marktsozialismus“ ist antisozialistisch“ (*Spartakist* Nr. 39, September 1981). Sollte die Regierung diesem Programm nicht zustimmen, droht Solidarność mit der Durchführung eines eigenen nationalen Referendums als dem ersten Schritt zur wirksamen Kontrolle über die Wirtschaft.

Aber die Beschlüsse des ersten Kongresses von Solidarność gehen sogar noch viel weiter. Ihr offener Appell für „freie Gewerkschaften“ im sowjetischen Block ist sowohl eine arrogante Provokation gegenüber Moskau als auch eine Erklärung von ideologischer Solidarität mit dem Imperialismus. Während die Forderung nach von bürokratischer Kontrolle unabhängigen Gewerkschaften ein integraler Bestandteil des trotzkistischen Pro-

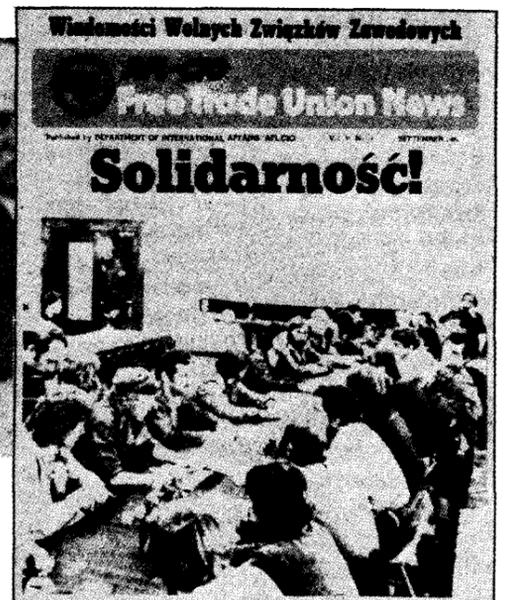


„Mister AFL/CIA“ Irving Brown: Der Mann, der nach dem Zweiten Weltkrieg mit Dollars der CIA die europäische Gewerkschaftsbewegung spaltete. Heute schürt er die Konterrevolution in Polen im Verein mit der polnischsprachigen Free Trade Union News der amerikanischen AFL/CIO, die regelmäßig in einer Auflage von 12 000 Exemplaren an die Funktionäre von Solidarność verteilt wird.

stand, daß sich Solidarność auf einem konterrevolutionären Kurs im Namen von Nation, Kirche und „freier Welt“ konsolidiert hat.

## Solidarność ruft zur „bürgerlich-demokratischen“ Konterrevolution auf

Ein Jahr lang machte die Solidarność-Führung nur knapp davor halt, offen zum Sturz des offiziellen „kommunistischen“ Systems, eines bürokratisch regierten Arbeiterstaats,



gramms für die politische Revolution des Proletariats im stalinistisch regierten Sowjetblock ist, wird die *Parole* der „freien Gewerkschaften“ seit eh und je mit dem NATO-Imperialismus assoziiert. Zu Beginn des Kalten Krieges gründete die fanatisch antikomunistische amerikanische Gewerkschaftsbürokratie unter George Meany den Internationalen Freien Gewerkschaftsbund in engster Zusammenarbeit mit der CIA. Dazu paßt, daß Lane Kirkland, Nachfolger von Meany, die Reise zum Solidarność-Kon-

Fortgesetzt auf Seite 5

## SPARTAKIST

herausgegeben von der TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS, Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

CHEFREDAKTEUR: Frank Behr

REDAKTION: Elke Gasper, Silvia Lenz, Christoph Steiner (herausgebender Redakteur), Fred Zierenberg

PRODUKTION: Herbert Bäck

VERTRIEB: Renate Müller

PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:

Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, 6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion. Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.

ISSN 01 733-7430

# Toter durch Polizeiterror in Frontstadt Westberlin: Lummers Rache für Haig-Demo

Klaus Jürgen Rattay starb am 22. September auf der Potsdamer Straße in Berlin, weil er gegen die Räumung von besetzten Häusern, gegen den Frontstadt-Politiker Lummer demonstrierte. An diesem Tag ließ der CDU-Innensenator Lummer acht besetzte Häuser räumen. Panzerwagen, Bulldozer, Wasserwerfer, Tränengas – und Widerstand; Szenen, die an den Bürgerkrieg in Nordirland erinnern, jetzt ein fast vertrautes Bild in der Frontstadt. Der bürgerliche Staat führt Krieg gegen die Hausbesetzer. Lummer rächte sich für die Demonstration gegen Kriegsverbrecher Alexander Haig am 13. September. Nachdem Haig sich bei seinem Besuch vor 80 000 Demonstranten verstecken mußte und über 1000 jugendliche Straßenkämpfer versuchten, gegen eine Polizei-Übermacht zum Rathaus Schöneberg vorzudringen, hat Lummer gezeigt, welche „Ruhe und Ordnung“ in diesem „Schaufenster des Westens“ gewünscht wird: Friedhofsruhe! In der „harten Linie“ des CDU-Senats war der Tod von Demonstranten einkalkuliert – und ließ nicht lange auf sich warten. *Weg mit Lummer!* Wie der Mord an Benno Ohnesorg 1967 (unter dem SPD-Bürgermeister Albertz) bei einer Demonstration gegen den Schlächter Schah, wirft der Tod von Klaus Jürgen, der von der Polizei unter einen BVG-Bus getrieben wurde, ein Schlaglicht auf diese „Insel der Freiheit“. Die Arbeiterbewegung muß den Tod von Klaus Jürgen Rattay rächen!

Vogels „Linie der Vernunft“ stellte nur eine andere Taktik gegen die Hausbesetzer dar. Nach dem Tod von Klaus Jürgen dankte Vogel ausdrücklich der Polizei (*Frankfurter Rundschau*, 25. September). Die Sozialdemokratie ist eine bürgerliche Arbeiterpartei, sie verteidigt das „Recht“ auf Ausbeutung, das „Recht“ der Bodenspekulanten und Mietwucherer auf Ausplünderung der Mieter und Wohnungssuchenden. (CDU-Bürgermeister Weizsäcker zeitweiliges Einschwenken auf Vogels Linie bedeutet wie bei Vogel nur ein Abwarten auf eine günstigere Gelegenheit, möglichst widerstandslos das kapitalistische Eigentum zu schützen.) Es waren SPD-Regierungen, die die Polizei für den Bürgerkrieg aufrüsteten, Stobbe und Vogel ließen Hunderte von Hausbesetzern verhaften und setzten immer wieder ihre Knüppelgardien auf linke Demonstranten an.

Zu den Scharfmachern für sofortige Räumungen gehörten neben Lummer, der „Bürgeraktion gegen Chaos“ und der Springer-Presse auch der DGB-Landesvorstand. Landesvorsitzender Sickert ist nicht nur ein besonders reaktionärer Frontstadt-Sozialdemokrat, er verdient sich auch als Vize-Vorsitzender der Neuen Heimat seine „Extra-Groschen“. Sechs der acht geräumten Häuser gehören dem gewerkschaftseigenen Woh-

„Insel der Freiheit“  
Westberlin:  
Benno Ohnesorg,  
Rudi Dutschke,  
Klaus Jürgen Rattay



nungsbaukonzern Neue Heimat, bekannt für die Verwahrlosung billiger Altbauwohnungen und ihre Umwandlung in für Arbeiter unbezahlbare Eigentumswohnungen. Der gemeinsame Appell von DGB, DAG und Kapitalisten-Verbänden gegen die Hausbesetzer zeigt: Die DGB-Bürokratie ist dem kapitalistischen System, dem Antikommunismus der NATO-Insel Westberlin verpflichtet. Deshalb hat die Gewerkschaft Bau, Steine, Erden mehr als 2000 ihrer Mitglieder auf die Straße gebracht, gegen die Hausbesetzer, für die „Erhaltung der Arbeitsplätze der Westberliner Bauarbeiter“. Lassen sich die Arbeiter in Westberlin auch heute noch für antikommunistische, sozialdemokratische Demonstrationen mobilisieren, gegen ihre eigenen wohnungs- und arbeitslosen Kinder, so stehen doch ihre Klasseninteressen denen der Kapitalisten direkt entgegen: sichere Arbeitsplätze, kürzere Arbeitszeit, Wohnungen und Frieden kann der Kapitalismus ihnen nicht bieten. Die Trotzlistische Liga

Deutschlands kämpft für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung, die die Arbeiterklasse mobilisieren wird gegen Wohnungsnot, Polizeiterror und das kapitalistische System, das sie hervorruft.

Wohnungsnot und Spekulation sind das natürliche Produkt eines Systems, das nur für den Profit produziert. Nur in einer sozialistischen Planwirtschaft werden Wohnungen nach Bedarf gebaut und die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Produzierenden organisiert. In der DDR, wo die Kapitalisten enteignet worden sind, obwohl die Arbeiterklasse durch eine parasitäre Bürokratie entmachtet ist, gibt es nicht massiven Mietwucher, Bodenspekulation und Arbeitslosigkeit, die sich immer stärker in dem von Krisen geschüttelten kapitalistischen System breitmachen.

Durch die Aufrüstung der Bundeswehr und die kapitalistische Krise verringern sich die Subventionen für die Stadt „am Tropic“. Westberlin ist nicht lebensfähig ohne Milliar-

den aus dem Bonner Haushalt. Die Unterstützung für Westberlin müßte in Kriegsmi- nister Apels Haushalt ausgewiesen sein, dient sie doch dazu, die Stadt als Vorposten und Symbol der NATO im sowjetischen Block aufrechtzuerhalten – Reagans und Schmidts Frontstadt gegen die degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten. US-Außenminister Haig machte seinen provokativen Besuch in Westberlin – 80 Kilometer vor der polnischen Grenze – weil die Imperialisten wollen, daß Polen zu einem kapitalistischen Bollwerk zwischen DDR und Sowjetunion wird!

Gute Gründe für die jugendlichen Straßenkämpfer gibt's genug, die Verwalter dieser faulenden Stadt zu bekämpfen. „Recht und Ordnung“ heißt für sie keine Arbeit und keine Wohnung – „no future“! Sie verachten die SPD-Linken und die „Alternative Liste“ der kleinbürgerlichen Demokratie zurecht für deren Versuch, den Protest in parlamentarischen Kanälen versickern zu lassen. Aber wie in Belfast und Liverpool haben wütende Jugendliche nicht die soziale Macht, das kapitalistische Ausbeutungssystem zu zerschlagen. Die Kraft dazu hat nur die Arbeiterklasse. Das gilt auch für Westberlin, auch wenn es für viele schwer vorstellbar ist, die Arbeiterklasse vom sozialdemokratischen Antikommunismus zu brechen.

Entscheidend dafür ist die Intervention einer revolutionären Organisation mit dem trotzlistischen Programm. Die Westberliner Ortsgruppe der TLD schrieb in ihrem Flugblatt am 26. September:

„Die einzige Perspektive für die Jugendlichen in Westberlin ohne Arbeit und ohne Wohnung ist die gleiche wie für die Arbeiterbewegung in Westdeutschland und Westberlin: die Zerschlagung des kapitalistischen Mietwucher- und Ausbeutungssystems und die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands in Verbindung mit antibürokratischer politischer Revolution des Proletariats im Osten.“

Zerstören wir den Kapitalismus, oder der Kapitalismus zerstört uns! ■

## ABONNIERT JETZT!

Der SPARTAKIST ist nicht einfach eine herausragende marxistische Zeitung – er ist die **einzige** revolutionäre Presse in Westdeutschland.

Der SPARTAKIST interveniert mit einer **revolutionären** Perspektive im Kampf gegen den Krieg. Verteidigt die Sowjetunion! Zerschlagt die NATO durch Klassenkampf! Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Wir treten ein für den Sturz der stalinistischen Bürokratien durch die politische Revolution des Proletariats im Osten, für die soziale Revolution zum Sturz der Bourgeoisie im Westen. **Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!**

8 Ausgaben einschließlich SPARTACIST (deutsche Ausgabe)

NAME \_\_\_\_\_

DM 8,50

ANSCHRIFT \_\_\_\_\_

TELEFON \_\_\_\_\_

Einsenden an/überweisen auf: Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1  
Postscheckkonto Ffm 119 88-601 (Verlag Avantgarde GmbH)

**SPARTAKIST** 

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZLISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



# Washington: 500 000 Arbeiter zeigen Reagan die Faust

## Stürzt Reagan durch Arbeiteraktion!

Es war bei weitem die größte Arbeiterdemonstration in der amerikanischen Geschichte und vielleicht der bedeutendste Protestmarsch, den es je in Washington gab. Nicht weniger als eine halbe Million demonstrieren am 19. September durch die Straßen der Hauptstadt. Es war ein gewaltiger Zornausbruch der Arbeiterklasse, der sich da gegen die Reagan-Regierung mit ihren massiven Kürzungen der Sozialleistungen und Angriffen auf die Gewerkschaften entlud; aber die Gewerkschaftsbasis war nicht militanter Kämpfe willen nach Washington gebracht worden. Für die Gewerkschaftsbürokratie, die den „Solidarity Day“ als Taktik konzipiert hatte, um Druck auszuüben, war nur maßgebend, wieviele sie mobilisiert hatte. Punktum. Aber viele Gewerkschafter verlangten nach wirklichen Aktionen gegen Reagans übles Spar- und Streikbrecherprogramm. Ein wütender Stahlarbeiter meinte: „Wir hätten hier die Woche über sein sollen, um Washington stillzulegen.“

Angesichts der Offensive Reagans gegen die Arbeiterbewegung mit dem Rücken zur Wand gedrängt, brachte die Gewerkschaftsspitze ihre Mitgliedschaft widerwillig auf die Straße, um zu zeigen, daß sie den „Kontakt zur Basis“ nicht verloren hat. Darüberhinaus bestand der Zweck des 19. September darin, die traditionellen Verbindungen zwischen Gewerkschaften und bürgerlicher demokratischer Partei neuzuschmieden – die Volksfront im amerikanischen Stil. Die liberale *Washington Post* vom 20. September bemerkte, Ziel des Demonstrationmarsches sei es gewesen, „den wankelmütigen Demokraten das Rückgrat zu stärken“ sowie „Ronald Reagan und seinesgleichen durch eine Neuaufgabe der alten Demokratischen Koalition 1984 von der Macht zu vertreiben“.

Hunderttausende von Arbeitern gingen auf die Straße, weil sie Reagan hassen, nicht um ihre Unterstützung für eine „Alternative“ des liberalen Imperialismus durch die Demokratische Partei zu demonstrieren. Allein 50 000 Maschinisten waren anwesend, Zehntausende von AFSCME-Mitgliedern (Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten), über 20 000 Autoarbeiter, sowie große Blöcke von Stahlarbeitern, Bauarbeitern und von den meisten anderen Bereichen der amerikanischen Arbeiterklasse – ein repräsentativer Querschnitt der Gewerkschaftsbewegung, einschließlich mindestens 100 000 schwarzer Arbeiter. Im Gegensatz zu den meisten amerikanischen Präsidenten, die zumindest zu privilegierten Teilen der Arbeiterklasse gute Verbindungen aufrechtzuerhalten suchten, etwa zur Bauarbeitergewerkschaft oder zu Elite-Berufsorganisationen wie den Fluglotsen, hat Reagan es auf die *gesamte* Arbeiterbewegung abgesehen.

Sichtbar abwesend hingegen waren Ghetto-Jugendliche und andere Minderheiten. Obwohl die Gewerkschaften als auch die Bürgerrechtsorganisationen hatten es versäumt, sie zu mobilisieren. Dies ist ein dramatischer Ausdruck des Fehlens einer schwarzen Führung in den USA und einer klassenkämpferischen Arbeiterführung, die die unterdrückten Massen im Kampf gegen den gemeinsamen kapitalistischen Feind hinter sich vereinigen könnte.

Die Gewerkschaftsbürokratie bot so wider

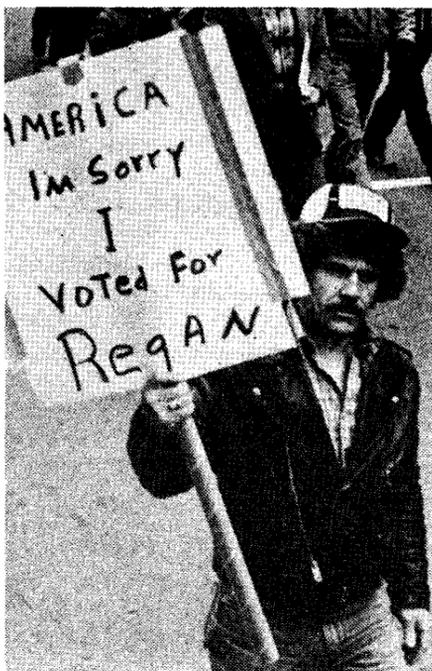


Demokraten sind keine „Freunde der Arbeiter“. Für eine Arbeiterpartei!

Willen Marxisten die ungeheure Möglichkeit, einen breiten Durchschnitt der amerikanischen Arbeiterbewegung zu erreichen. Wären unsere amerikanischen Genossen von der Spartacist League/U.S. eine, wenn auch nur kleine, Arbeitermassenpartei, hätten wir versucht, mindestens ein Viertel der Demonstranten zu mobilisieren und selbst nach Washington zu bringen. Als kleine kämpfende Propagandagruppe waren wir in der Lage, über 8000 Exemplare von *Workers Vanguard* mit der Hauptschlagzeile „Unchain Labor!“ (Entfesselt die Arbeiterklasse!) zu verkaufen – in Konkurrenz zu den Reformisten von der Kommunistischen Partei und *Workers World*, die ihre Zeitung gratis verteilten. Ein Verteiler von *Democrats Today*, dem Blatt des Nationalen Komitees der Demokratischen Partei, machte einem Verkäufer von *Workers Vanguard* gegenüber die Bemerkung, unsere sozialistische Zeitung ver-

kaufe sich schneller, als er sein Gratisflugblatt verteilen könne. „Das kommt daher, weil sie sich noch an Carter erinnern“, seufzte er.

Ein schwarzer Genosse aus Detroit verkaufte acht *Workers Vanguard* an einen Kreis von schwarzen Stahlarbeitern aus Virginia, die mehr über die von der Spartacist League initiierte Demonstration von Schwarzen und Arbeitern wissen wollten, die am 10. November 1979 den vom Ku Klux Klan geplanten Aufmarsch in der „Motor City“ stoppte. Der Vorsitzende ihrer Ortseinheit der United



Bergarbeiter in Washington: „Amerika, es tut mir leid, daß ich Reagan gewählt habe.“

Steelworkers sorgte dafür, daß Material über die Detroit-Demonstration an die Gewerkschaft geschickt wird. Ein anderer Genosse aus New York traf auf eine Gruppe von Bergarbeitern, die zunächst das Gewerkschaftszeichen auf *Workers Vanguard* zu sehen verlangten – den Beweis, daß die Zeitung in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb gedruckt wird – und dann die Zeitung kauften.

Der militanteste Block innerhalb der Demonstration war der von PATCO, der schwerbedrängten Fluglotsengewerkschaft, die während der letzten zwei Monate allein gegen Reagans Streikbruch gekämpft hat. „Streik, Streik, Streik, Streik!“ skandierten sie, während sie durch Washington demonstrieren. Andere Blöcke in ihrer Nähe griffen die Parolen auf. Aber dann entdeckten einige Gewerkschafter die an dem Transparent der Fluglotsen von Spartanburg (North Carolina) befestigten Fahnen der Konföderierten (Südstaatler) und alle verfielen in Schweigen. Ein schwarzes Mitglied der liberal-stalinistischen United Electrical Workers (UE) kam herbei und sagte einfach: „Ich dachte, dieser Marsch ist für Schwarze genauso wie für Weiße“. PATCO-Mitglieder baten um Entschuldigung, und der Block hielt eine Weile an, während derer die Fluglotsen selber die rassistischen Fahnen abrissen und PATCO-Mitglieder demonstrativ darauf rumtraten. Dies war ein bewegender Beweis dafür, wie der Klassenkampf schwarze und weiße Arbeiter vereint und sie befähigt, Rassenvorurteile im gemeinsamen Kampf zu überwinden.

Aber die Gewerkschaftsbürokraten sind nicht in Aktion getreten, um den kämpfenden Fluglotsen zu Hilfe zu kommen. Der PATCO-Streik hätte bereits Anfang August gewonnen werden können, wenn die Arbeiterbewegung die Flughäfen dichtgemacht und den Streikbrecher Reagan selbst gebrochen hätte. Jede der verschiedenen Gewerkschaften, in denen das Luft- und Bodenpersonal organisiert ist, wäre in der Lage, den Luftverkehr innerhalb weniger Stunden lahmzulegen, insbesondere die International Association of Machinists unter Vorsitz des

Sozialdemokraten William Winpisinger. Die Spartacist League/U.S. und unsere Anhänger in den Gewerkschaften haben für *sofortige Aktionen zur Stilllegung der Flughäfen* gekämpft und werden weiter dafür kämpfen. Aber die restliche Linke ist in die Fußstapfen des AFL/CIO-Präsidenten Lane Kirkland getreten – leere Worte der „Solidarität“ für die Fluglotsen, keine Taten.

Die PATCO-Streiker reagierten enthusiastisch auf unser Programm. Sie kauften Extraausgaben von *Workers Vanguard*, um sie an die schwarzen Bretter ihrer Gewerkschaft zu pinnen. Eine Gruppe von Fluglotsen, die von einem unserer Verkäufer auf ein Abonnement angesprochen wurde, diskutierte die Frage – sie waren pleite –, und schließlich sagte einer von ihnen: „Na gut, es ist klar, daß wir ein Abo brauchen, weil wir das lesen müssen, also ich kauf eins für uns alle.“

„Solidarity Day“ war nicht nach dem Gewerkschaftslied „Solidarity Forever“ benannt worden, sondern nach der polnischen Gewerkschaft Solidarność. In der Sprache von Kirkland & Co. bedeutet „Solidarität“ Konterrevolution. Während Reagan nach wie vor eine sowjetische Intervention in Polen zu provozieren versucht, feuert die AFL/CIO die am rabiatesten antisowjetisch eingestellten Solidarność-Führer an, schickt ihnen Dollars, Druckmaschinen und CIA-Agenten wie den finsternen Irving Brown. Kirklands Kalte-Kriegs-Hetze wurde von sozialdemokratischen Gewerkschaften in Washington nachgeahmt. Auf einem Schild der Vereinigten Lehrgewerkschaft konnte man folgendes lesen: „Wollt ihr die Russen überlisten? Rücknahme von Reagans Kürzungen im Bildungsbereich!“ In die gleiche Kerbe schlug auch der frühere Vizepräsident Walter Mondale. In einer giftsprühenden antisowjetischen Ansprache anlässlich eines „Solidarity Day“-Marschs in San Francisco setzte er sich für ein „starkes Amerika“, für „Opfer“ ein, um „unsere notwendigen Verteidigungsausgaben“ zu finanzieren und für die Unterstützung der polnischen „Solidarität“. Doch ist diese Tirade fast untergegangen in Buhrufen und Sprechchören von „PATCO, PATCO, PATCO“.

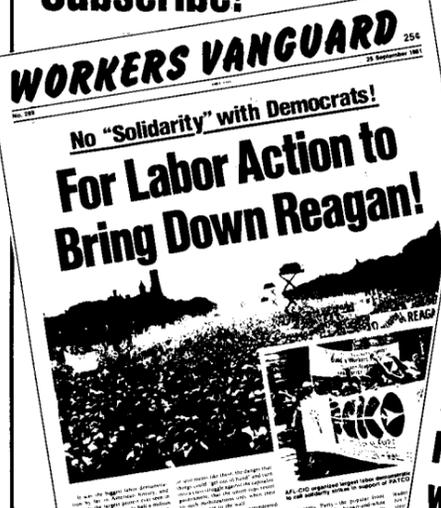
Interessanterweise legten einige der „progressiven“ Gewerkschaften von gestern hier den übelsten Sozialpatriotismus an den Tag. Doug Frasers Automobilgewerkschaft UAW hatte über 20 000 blau-weiße Mützen mit der Aufschrift „Kauft amerikanisch“ gekauft. Aber auch der Klassenkampf im eigenen Land, bei dem die Arbeiterbewegung mit einer arbeiterfeindlichen Regierung der übelsten Sorte konfrontiert ist, machte sich bemerkbar. Ein sonderbares Plakat fiel im PATCO-Block in Washington auf, als dieser an dem Spartacist-Transparent vorbeimarschierte: „Ich wünschte, ich wär' ein Fluglotse in Polen.“

Der 19. September zeigte sowohl die riesige Macht der Arbeiterbewegung als auch die Feigheit ihrer Führer. Um diese Macht in militanten Kämpfen zu entfesseln, bedarf es einer Arbeiterpartei. Doch wenn Reformisten wie die Socialist Workers Party (SWP), Schwesterorganisation der westdeutschen Gruppe Internationale Marxisten an Lane Kirkland oder William Winpisinger und Konsorten appellieren, diese sollen eine Arbeiterpartei aufbauen, so bedeutet das einen Aufruf für eine rassistische, antikommunistische, militaristische „Arbeiterpartei“ des Kalten Kriegs! Aber selbst das ist bloß ein reformistischer Tagtraum. Während die SWP von Arbeiterpartei faselt und die KP von „neuer Volkseinheit“, hat sich die gesamte AFL/CIO-Bürokratie fest um die Demokratische Partei geschart. Eine Arbeiterpartei kann nur in militanten Arbeiterkämpfen gegen Reagan geschmiedet werden. *Entfesselt die geballte Kraft der Arbeiterklasse!*

Angesichts von Massenaktionen der Arbeiter würde jeder führende Demokratische Politmeister sich schleunigst auf Reagans Seite schlagen, um die Kapitalinteressen zu

Fortgesetzt auf Seite 6

Subscribe!



Marxist Working-Class Biweekly of the Spartacist League/U.S.

— DM 25, — for 24 issues — AIRMAIL  
— DM 8, — for 6 introductory issues — AIRMAIL



ORDER FROM/PAY TO:  
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1  
Postscheckkonto Ffm 11988-601  
(Verlag Avantgarde GmbH)

## GIM/KBW/SPD und Solidarność:

# „Solidarität“ mit Konterrevolution

Seit dem Generalstreik an der Ostseeküste 1980 ist Solidarność zum Lieblingskind der westdeutschen Linken geworden. Während die Solidarność auf den offenen Kurs der Konterrevolution eingeschwenkt ist – gegen zentrale Planung, für die polnische „Nation“ und freie, antikommunistische Gewerkschaften im gesamten Ostblock –, betätigt sich die Linke als Auslandsbüro für die klerikal-reaktionäre Führung. „Solidarität mit Solidarność“ ist ein obszöner Block von linken Sozialdemokraten, vorgeblichen Trotzkisten und solchen, die den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion als den Hauptfeind der Menschheit betrachten; vereinigt in ihrer Nachtrapolitik hinter der konterrevolutionären Politik der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD und ihren Agenten in der Gewerkschaftsbewegung.

Die Politik von DGB/SPD gegenüber Polen ist nichts anderes als das, was sie systematisch in den Jahren 1975/76 in Portugal umgesetzt haben: demokratische Konterrevolution à la Noske. Neu ist, daß sie zum kleinsten gemeinsamen Nenner von Gruppen geworden ist, die sich als „links“ von der SPD wähnen.

Die pseudotrotzkistische Gruppe Internationale Marxisten (GIM) geht seit Dezember 1980 mit ihrem Aufruf an den DGB, Solidarność zu unterstützen, hausieren. Diese Aufforderung an die mit der SPD aufs engste verknüpfte streikbrecherische DGB-Führung und Kommunisten-jäger der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ist nichts anderes als Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung bei der Restauration des Kapitalismus zu unterstützen – und das gemeinsam mit beispielsweise den Marxisten-Leninisten Deutschlands (MLD), die die Sowjetunion als faschistisch betrachten!

Die GIM, die Vaterlandsverteidiger des KBW (Westdeutschland ist „nicht imperialistisch“), die staatskapitalistische Sozialistische Arbeitergruppe sowie die Kommunistische Liga und das Sozialistische Büro sind jetzt vereint in einem antisowjetischen Komitee. Die Basis dieses Blocks? Hochjubiläum der Freunde von Johannes Paul II. in Polen: „Verteidigung von ‚Solidarność‘ gegen die Repressalien durch die polnischen Staats- und Parteiorgane sowie gegen eine drohende militärische Intervention der Sowjetunion und der Warschauer-Pakt-Staaten“ (Gemeinsame Erklärung, abgedruckt in *Kommunistische Volkszeitung*, 11. September). Und wie ist es mit der NATO und dem US-Imperialismus? Die Antwort ist klar genug aus einem Artikel der Gallionsfigur Heinz Brandt zu entnehmen („Alle Macht der Madonna!“): „Unsere Linke dagegen verdrängt, welche progressive Rolle die USA stets in der polnischen Frage spielte: bei ihrer Geburt, während der Anti-Hitler-Koalition – und heute“ (Kritik Nr. 27).

Vor kurzem gaben GIM-Unterstützer Jakob Moneta, Heinz Brandt und SPD-Bonze Peter von Oertzen einen Brief an das ZK der KPdSU (was tun, 16. Juli) heraus mit der Stoßrichtung der NATO-Parole „Hände weg von Polen“. Ein Abschnitt dieses sozialdemokratischen Machwerks spricht für sich: „Warum werden unsere Kolleginnen und Kollegen von Solidarność als Konterrevolutionäre verdächtigt, wenn sie nichts anderes fordern im Arbeiterstaat als das, was die neue sozialistisch-kommunistische Regierung im kapitalistischen Frankreich der dortigen Arbeiterklasse garantiert?“

Mitterrand – der härteste Vertreter der Nachrüstung in Europa neben Maggy Thatcher – bindet die französische Arbeiterklasse an den bürgerlichen Staat. Diese sozialdemokratische „Solidarität mit Solidarność“ würde heißen, Polen an die NATO und die Deutsche Bank zu verkaufen. Wer wie der GIM-Schreiberling Winfried Wolf die „Madonna von Tschestochau“ zum Symbol einer politischen Revolution des polnischen Proletariats erklärt, ist Lichtjahre von kommunistischer Politik entfernt! 600 000 sowjetische Soldaten starben, um Polen vom deutschen Faschismus zu befreien. Ihr Blut darf nicht umsonst geflossen sein!

## Solidarność...

Fortsetzung von Seite 2

groß mit keinem anderen als Irving Brown, „Mister AFL/CIA“, antrat. Browns Zersetzungsarbeit in der Arbeiterbewegung im Auftrag des US-Imperialismus reicht über eine Periode von dreieinhalb Jahrzehnten. Die Solidarność-Führung ist sich über die anti-kommunistische Bedeutung der Parole der „freien Gewerkschaften“ sehr wohl bewußt, schließlich hatte sie monatelang mit den AFL/CIO-Bossen zu tun.

Im ideologischen Arsenal des imperialistischen Antisowjetismus ist „Demokratie“ sogar noch wichtiger als die „freien Gewerkschaften“. Nicht Arbeiterdemokratie gestützt auf Sowjets wie in der Oktoberrevolution der Bolschewiki 1917, sondern bürgerlich-parlamentarische „Demokratie“. Auch in dieser Frage hielt der Solidarność-Kongreß voll an der „bürgerlich-demokratischen“ Konterrevolution fest. Die wichtige Warschauer Organisation stellte einen Antrag, der „freie Wahlen“ zum Sejm forderte und außerdem erklärte, daß „der Weg zur Souveränität der Nation über demokratisch gewählte repräsentative Gremien“ ginge (*New York Times*, 10. September). In der Weltanschauung von Solidarność ist alles, einschließlich der Demokratie, der polnischen nationalen Souveränität untergeordnet. (Für eine theoretische Diskussion über „bürgerlich-demokratische“ Konterrevolution in den bürokratisch regierten Arbeiterstaaten siehe Shane Mages „Reine Demokratie“ oder politische Revolution in Osteuropa“, abgedruckt in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 9, Frühjahr 1981).

Angenommen, die Warschauer Regierung wäre machtlos, solche Wahlen zu verhindern, was wahrscheinlich der Fall ist, und die Rote Armee würde nicht intervenieren, was für eine Regierung würde heute in Polen aus freien Wahlen zu einem souveränen Parlament hervorgehen? Ein Viertel bis ein Drittel

der Wähler wären private Kleinbauern, die das tun werden, was ihnen der Dorfpfarrer sagt. Ihre grundlegende gesellschaftliche Einstellung wurde von dem britischen Journalisten Tim Garton Ash zusammengefaßt: „Es sind die konservativen katholischen Bauern im Südosten Polens, die den Kommunismus stürzen würden, sobald ein Kardinal hustet“ (*Spectator*, 14. Februar). Historisch gesehen ist der Marxismus Sozialismus eine einflußreiche und zeitweilig dominierende Strömung im polnischen Industrieproletariat gewesen. Aber 35 Jahre stalinistischer Bürokratismus haben einen Großteil der polnischen Arbeiterklasse dahin gebracht, zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit dem klerikalen Nationalismus und der prowestlichen Sozialdemokratie zu sympathisieren, während der Rest demoralisiert ist. Das wahrscheinliche Ergebnis einer parlamentarischen Demokratie wäre der Sieg der antikommunistischen nationalistischen Kräfte, die eine Allianz mit dem NATO-Imperialismus gegen die Sowjetunion einzugehen suchen würden.

Solch eine Regierung wäre die Konterrevolution an der Macht. 1935 bemerkte Trotzki: „Die erneute Machtergreifung eines Blocks von Menschewiki und Sozialrevolutionären würde ausreichen, den sozialistischen Aufbau auszulöschen“ („The Workers State, Thermidor and Bonapartism“, *Writings 1934-35*). Und die Parteien, die die „freien Wahlen“ im Polen von Wojtyla und Walesa gewinnen würden, sind weit rechts von den russischen Menschewiki und Sozialrevolutionären. Sie ständen dem Nationalismus Pilsudskis nahe und würden sich nach dem großen Polen des faschistoiden Diktators in den Jahren zwischen den Weltkriegen sehnen.

Und was würde mit jeder linken Opposition gegen solch eine „bürgerlich-demokratische“ Konterrevolution passieren? In seinem Bericht an den Solidarność-Kongreß erklärte der Organisationssekretär Andrzej Celinski, daß seine kommunistischen Gegner „nicht zögern, den Weg des Vaterlandsverrats zu be-

schreiten“ (UPI-Meldung, 6. September). Angesichts der Stimmung der Delegierten ist die Anklage des „Vaterlandsverrats“ die aufhetzendste politische Denunziation, die überhaupt denkbar ist. Während Solidarność darauf hinarbeitet, die nationale Souveränität wieder herzustellen, werden loyale Mitglieder und Unterstützer der PVAP dabei die Opfer eines weißen Terrors werden.

Pseudotrotzkisten wie Ernest Mandel vom hauptsächlich auf Europa konzentrierten Vereinigten Sekretariat und Jack Barnes von der amerikanischen Socialist Workers Party, die der antisowjetischen Sozialdemokratie hinterherlaufen, argumentieren, daß die Solidarność-Führer nicht explizit zur Restauration des Kapitalismus aufgerufen haben. Aber sie fordern ganz offen den Sturz des existierenden Staats und seine Ersetzung durch ein klerikal-nationalistisches Regime mit engen Verbindungen zum NATO-Imperialismus. Und das wäre kein friedlicher Prozeß, sondern eine blutige Konterrevolution. Trotzki entlarvte die Vorstellung einer friedlichen, schrittweisen Umwandlung von proletarischer zu bürgerlicher Staatsmacht als Abspulen des reformistischen Films im Rückwärtsgang. Was die daraus resultierende wirtschaftliche Umwandlung angeht, wies Trotzki auch darauf hin, daß, falls „eine bürgerliche Konterrevolution in der UdSSR siegen

proklamiert, solidarisiert sie sich auffälligerweise nicht mit den Arbeiterkämpfen in kapitalistischen Ländern. Als Ronald Reagan 12 000 Fluglotsen feuerte, das heißt die gesamte Mitgliedschaft der Gewerkschaft, protestierte praktisch jede Gewerkschaftsorganisation im Westen. Aber nicht die polnische „Solidarität“! Solidarność-Sprecher Zygmunt Przetakiewicz nahm an der New Yorker Labor-Day-Demonstration am 1. September in der Begleitung von Albert Shanker teil. Zu einer Zeit, wo sogar die rechtsten AFL/CIO-Bürokraten Reagans Zerschlagung der Gewerkschaft und seine drastischen Kürzungen im Sozialhilfeprogramm attackierten, behielt der Solidarność-Sprecher eine sorgsame Neutralität bei in dem Kampf zwischen der amerikanischen Arbeiterklasse und der reaktionärsten Regierung in den USA seit einem halben Jahrhundert. Befragt, was er von Reagans Politik denke, antwortete Przetakiewicz: „Ich möchte nicht in solche Sachen hineingezogen werden“ (*New York Times*, 8. September).

Auf der Labor-Day-Demonstration verkündete Przetakiewicz, daß Solidarność sein erstes Auslandsbüro in den New Yorker Büroräumen von Shankers United Federation of Teachers (UFT) eröffnen würde. Die UFT ist kaum eine typische amerikanische Industriegewerkschaft. Sie ist die organisatorische



Befreiung Polens durch Rotarmisten 1945

sollte, die neue Regierung gezwungen sein würde, sich für eine längere Periode auf das nationalisierte Eigentum zu stützen“ („Not a Workers' and Not a Bourgeois State“, *Writings 1937-38*). Die staatliche Industrie bekäme keine Gelder für neue Investitionen, noch nicht einmal für Reparaturen, da dies Ressourcen aus dem rapide wachsenden Privatsektor abziehen würde. Gleichzeitig würden ausländische Kapitalinvestitionen in einem massiven Ausmaß angelockt werden. Walesa fordert offen gemeinsame Unternehmen mit Kapitalisten aus dem Westen zur Rettung der Wirtschaft. Löhne würden eingefroren werden, um mit dem Weltmarkt zu konkurrieren. Hunderttausende wenn nicht Millionen von Arbeitern würden als „notwendige“ Rationalisierungsmaßnahme arbeitslos. Sicherlich wollen die Massen der von Solidarność irreführten Arbeiter das nicht. Aber die Restauration des Kapitalismus in seiner ganzen Erbarmungslosigkeit würde aus Solidarnośćs Programm der „Demokratie im westlichen Stil“ folgen wie die Nacht auf den Tag.

### Sag mir, wer deine Freunde sind...

Während Solidarność die Notwendigkeit von freien Gewerkschaften im Sowjetblock

Hauptbasis für die Social Democrats, U.S.A., auch bekannt als „State-Department-Sozialisten“. Shankers Socialist Party, die 1972 ihren Namen änderte, um den Schandfleck des Sozialismus (!) zu vermeiden, war im Vietnamkrieg bis zum bitteren Ende auf der Seite der „Falken“, sogar noch nachdem Nixon und Kissinger ihn als eine verlorene Sache aufgegeben hatten.

Die Sozialdemokraten werden von den meisten Liberalen als verrückte antikommunistische Kriegshetzer verachtet. In dem Film „Der Schläfer“ von dem linksliberalen Komiker Woody Allen erwacht der typische New Yorker Held, oder eher Antiheld, einige Jahrhunderte später in der Zukunft und erfährt, daß die Zivilisation in einem Atomkrieg ausgelöscht worden ist. Er fragt: „Wie fing der Krieg an?“ Ihm wird gesagt: „Wir wissen es eigentlich nicht, aber wir glauben, daß ein Mann namens Albert Shanker eine Atom-bombe in die Finger gekriegt hat.“

Im vergangenen Jahrzehnt haben die Sozialdemokraten die engsten Verbindungen zum Apparat Meanys geknüpft, der die nationale AFL/CIO leitet. Kirkland und Shanker haben mehr als alle anderen in der amerikanischen Arbeiterbewegung dazu beigetragen, den Weg für Reagans massive Aufrüstung und antisowjetische Kriegshetze zu

Fortgesetzt auf Seite 6

## TLD-Kontaktadressen

**FRANKFURT:**  
Postfach 1 67 47  
6000 Frankfurt/Main 1  
Tel.: 0611/72 70 54

**HAMBURG:**  
Postfach 11 22 31  
2000 Hamburg 11  
Tel.: 040/389 53 59

**WESTBERLIN:**  
Postfach 11 06 47  
1000 Berlin 11  
Tel.: 030/882 11 75

# Solidarność . . .

Fortsetzung von Seite 5

ebnen. Diese beiden Kriminellen arbeiten aktiv für einen nuklearen Erstschatz gegen die Sowjetunion. Kirkland ist Mitglied des Committee on the Present Danger (Komitee gegen die gegenwärtige Gefahr), eine reaktionäre militaristische Pressure group, die Carter bei den SALT-Verhandlungen „Ausverkauf“ an die Russen vorwarf. Der erste Punkt einer kürzlich verfaßten Resolution der Social Democrats, U.S.A. über weltpolitische Fragen lautet:

„Die Hauptprioritäten der (Reagan-) Regierung auf dem Gebiet der Außenpolitik sollten sein: 1. Wiederaufbau der amerikanischen atomaren und konventionellen Stärke, die Korrektur des Ungleichgewichts entlang der Vorschläge, wie sie von verantwortlichen Verteidigungsanalytikern wie denen, die mit dem Committee on the Present Danger verbunden sind, gemacht werden, muß so schnell wie möglich unternommen werden“ (Hervorhebung im Original, „The Global Vision of Social Democracy“, New America, Januar/Februar 1981).

Es gibt ein Sprichwort: Sag mir, wer deine Freunde sind, und ich sage dir, wer du bist. Nun, dies sind die amerikanischen Freunde von Solidarność.

## Die Sowjetunion und die konterrevolutionäre Gefahr in Polen

Angesichts der konterrevolutionären Gefahr in Polen sind die Kreml-Stalinisten über Denunziationen in der *Prawda* hinausgegangen und mobilisieren die sowjetischen Arbeiter gegen Solidarność. Massenveranstaltungen wurden in der riesigen Zil-Auto- und Lastwagenfabrik und ähnlichen Werken in Leningrad und anderswo abgehalten, um eine öffentliche Antwort auf den Appell von Solidarność an die sowjetischen Arbeiter zu unterstützen:

„Sie fordern uns auf, uns selbst, das Ergebnis unserer Arbeit, unseres Kampfes zu widerrufen, Millionen von Menschen, die in der Schlacht gegen den Imperialismus fielen, zu verraten, unsere kommunistische Zukunft zu verraten.“ (New York Times, 12. September)

Diese Worte und diese Treffen sind nicht einfach bürokratische Schauerveranstaltungen von oben ohne Unterstützung durch die Basis. Zweifellos versuchen die Kreml-Stalinisten großrussischen antipolnischen Chauvinismus aufzupfeitschen. Außerdem sträuben sich die sowjetischen Arbeiter und Kollektivbauern dagegen, daß Moskau die polnische Wirtschaft auf Jahre subventioniert, obwohl der Lebensstandard in Warschau und Gdansk weit höher ist als in Moskau oder Kiew. Sogar westliche bürgerliche Journalisten berichten, daß der Mann auf der Straße in Rußland keine Sympathie für Solidarność und ihre Ziele hat. Warum? Es ist nicht hauptsächlich aus chauvinistischen Gründen oder Verärgerung über die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Der Hauptgrund ist, daß die sowjetischen Massen das kollektivisierte soziale System, das aus der Oktoberrevolution hervorging, trotz der anschließenden stalinistischen Degenerierung gegen den Weltimperialismus vertei-

digen. Im Unterschied zu Polen, wo ein deformierter Arbeiterstaat von oben durch die Rote Armee errichtet wurde, nahm die russische Arbeiterklasse 1917 die Geschichte in ihre eigenen Hände, und sie wird nicht bereit sein, die sozialen Errungenschaften des Oktobers aufzugeben. Außerdem erinnern sich die sowjetischen Arbeiter schmerzlich an die 20 Millionen Toten im Kampf gegen Hitlerdeutschland. 600 000 von diesen fielen, um Polen von den Schrecken der Nazibesetzung zu befreien! Die sowjetischen Arbeiter wissen, daß das furchterregende Atombombenarsenal des amerikanischen Imperialismus mit den antikommunistischen Fanatikern Reagan und Haig am Drücker auf sie gerichtet ist.

Sie fürchten die Umwandlung Osteuropas in Bündnisstaaten des Imperialismus, was die NATO bis zur sowjetischen Grenze ausdehnen würde. Die Kreml-Bürokraten benutzen dieses Bewußtsein zynisch aus, um Unterstützung für ihre Zerschlagung von Massenerhebungen und demokratischen Bestrebungen in Osteuropa wie in der Tschechoslowakei 1968 zu gewinnen. Aber das Polen von Wojtyla und Walesa ist nicht die Tschechoslowakei von Dubceks „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Heute ist die konterrevolutionäre Gefahr nur allzu real. Jeden Tag kann Polen wie Kronstadt 1921 in einer konterrevolutionären Rebellion explodieren, aber diesmal auf Massenebene.

Polen kann zu einem gigantischen Kronstadt werden, aber das bürokratische Regime Breschnjews ist durch eine politische Konterrevolution von der kommunistischen Regierung Lenins und Trozki unterschieden. Als proletarische Revolutionäre ist es nicht unsere Aufgabe, den Kreml-Stalinisten Tips zu geben, wie sie mit der konterrevolutionären Situation in Polen, für die sie letztendlich die Verantwortung tragen, fertig werden sollen. Sie sind nicht unsere Erlöser. Wir haben kein Vertrauen darin, daß die russischen Stalinisten die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution, die auf Polen ausgedehnt wurden, verteidigen wollen oder können. Prinzipiell wären die Kreml-Stalinisten durchaus in der Lage, Polen an die deutschen Bankiers auszuverkaufen, wenn sie glauben, sie könnten damit ihre eigene Hausmacht erhalten. Man erinnere sich nur an den Hitler-Stalin-Pakt. Seit die Rote Armee Hitlers Wehrmacht am Ende des Zweiten Weltkriegs vor sich hertrieb, träumen die imperialistischen Bourgeoisien von einem „rollback“ der Sowjets an die Grenzen der UdSSR und darüber hinaus. Angesichts der unversöhnlichen und irrsinnigen Feindseligkeit der Reagan-Regierung und dem relativen Übergewicht des amerikanischen gegenüber dem deutschen Imperialismus, ist die Preisgabe Polens für die sowjetische Bürokratie jedoch heute keine sehr lebensfähige Option. Das gilt um so mehr, da durch Polen die Nachschub- und Verbindungswege zwischen der Sowjetunion und der DDR verlaufen, der Staat, der dem Imperialismus in vorderster Front gegenübersteht.

Jeder klassenbewußte Arbeiter in der Welt, besonders in der Sowjetunion, Polen und den anderen osteuropäischen Staaten muß verstehen, daß Solidarność eine Politik der direkten Bedrohung der Errungenschaften der Oktoberrevolution, dem größten Sieg für die Arbeiterklasse in der Geschichte, verfolgt. Der konterrevolutionäre Kurs von Solidarność muß gestoppt werden! Falls die Kreml-Stalinisten in ihrer zwangsläufig brutalen, stumpfsinnigen Weise militärisch intervenieren,

um ihn zu stoppen, werden wir das unterstützen. Und wir übernehmen die Verantwortung dafür im voraus: Welche Idioten und Scheußlichkeiten sie auch begehen werden, wir schrecken nicht vor der Verteidigung der Zerschlagung der Konterrevolution von Solidarność zurück.

Was tun Revolutionäre, wenn das marxistische Programm dem überwältigenden Teil der Arbeiterklasse entgegensteht, Situationen, die wir natürlich dringlichst vermeiden wollen? Es kann keinen Zweifel geben. Die Aufgabe von Kommunisten muß sein, um jeden Preis das Programm und die Errungenschaften der Diktatur des Proletariats zu verteidigen. Im Fall Polens befinden sich Trotzlisten heute in solch einer Situation, und es ist notwendig, gegen einen mächtigen Strom der Konterrevolution zu schwimmen.

Aber eine sowjetische Militärintervention gegen Solidarność wird einen völlig anderen Charakter haben als die Intervention gegen die islamischen Reaktionen in Afghanistan. Dort eröffnete sie die Möglichkeit, die afghanischen Völker von den elenden Bedingungen der feudalen und vorfeudalen Rückständigkeit zu befreien. Unsere Losung für Afghanistan heißt: „Hoch die Rote Armee!“ In Polen sind es die Stalinisten selbst, die durch ihre jahrzehntelange Kapitulation vor kapitalistischen Kräften die konterrevolutionäre Krise hervorgerufen haben.

Falls eine trotzkistische Führung heute in Polen gegen die Konterrevolution zu intervenieren hätte, würde der Kampf vielleicht nicht weniger blutig werden. Aber sie würde versuchen, diejenigen Teile der polnischen Arbeiterklasse zu mobilisieren, die zu den historischen Errungenschaften der Befreiung Polens von der Naziversklavung und der kapitalistischen Ausbeutung stehen, die die Bürokratie wegen ihrer Untergrabung dieser Errungenschaften hassen und zusammen mit der sowjetischen Armee kämpfen würden, um die materiellen Grundlagen der sozialistischen Zukunft zu verteidigen. Die Verbrechen des Stalinismus, sind zuletzt die gegenwärtige konterrevolutionäre Situation in Polen, erfordern die politische Revolution der Arbeiterklasse im Sowjetblock, und diese Arbeiter könnten gut deren bewußte Avantgarde in Polen sein, die zum Teil durch eine revolutionäre Mobilisierung zur Zerschlagung der reaktionären Kräfte von Solidarność gestählt sein wird.

Die europäischen Bourgeoisien versuchen nicht weniger als Reagan und Haig die Arbeitermassen davon zu überzeugen, angsterfüllt auf die angebliche Gefahr des „Roten Imperialismus“ zu starren. Aber die Tatsachen sind genau umgekehrt. In Afghanistan bewaffnet die CIA feudalistische Stämme, um einen Schlag gegen die südliche Grenze der UdSSR zu führen, während die sowjetischen Truppen als soziale Befreier handeln. Vietnam steht unter der andauernden Drohung eines erneuten Angriffs durch China, das heute offen in einem Militärbündnis mit dem US-Imperialismus steht. Das rassistische südafrikanische Apartheid-Regime wird mehr und mehr zu einem zentralen Bestandteil der „freien Welt“ und handelt als Stellvertreter Amerikas bei seiner Invasion in Angola mit israelischen Waffen. Oder man sehe sich diesen anderen Schauplatz der „freien Welt“, El Salvador, an, wo mit amerikanischem Kriegsmaterial und den dazugehörigen Green Berets eine Junta unterstützt und am Leben erhalten wird, die im Blutausch dabei ist, große Teile der Bevölkerung auszulöschen.

Pseudotrotzkisten und einfältige Opportunisten wie Jack Barnes und Ernest Mandel, die Chomeinis „Islamische Revolution“ selbst dann noch als progressiv hochjubelten, als ihre eigenen Unterstützer von den Mullahs abgeschlachtet wurden, behaupten heute, daß in Polen eine politische Revolution des Proletariats im Gange sei und daß Solidarność ihr Instrument sei!

Im Gegenteil, Solidarność ist das durchsichtige trojanische Pferd für Reagans und Haigs fanatischen antisowjetischen Kriegskurs. Was in Polen passiert, ist eine proimperialistische konterrevolutionäre Polarisierung. Es ist kein Zufall, daß Solidarność unter den Gewehrläufen eines immer stärker werdenden antisowjetischen imperialistischen Militarismus zuerst von Carter und Brzezinski und heute von Reagan und Haig im Bund mit dem virulent antikommunistischen polnischen Papst im Vatikan aufblühen

konnte. Es ist kein Zufall, daß in der heutigen Periode, wo die Verteidigung der Sowjetunion so dringend ist, Pseudotrotzkisten unter der Führung von Barnes und Mandel jeglichen Anschein der Verteidigung der Sowjetunion fallen lassen und Solidarność umarmen.

Die Wahl, vor der Revolutionäre in bezug auf Polen angesichts der Abwesenheit einer massengestützten trotzkistischen Avantgardepartei stehen, ist nicht attraktiv, selbst wenn sie klar ist. Abstentionismus ist keine Wahl. Dies bedeutet indirekte Unterstützung für die Konterrevolution. Keine geringere Gefahr ist die Aufgabe einer Kampfperspektive für den bewußten Faktor in der Geschichte, für die internationale proletarische Avantgarde. Ein solcher Verzicht führt entweder zu einer sozialdemokratischen Anpassung an die Bourgeoisie oder zu einer Anpassung an die stalinistische Bürokratie à la Sam Marcy in den USA, der die stalinistische Intervention gegen die aufkeimende politische Revolution der ungarischen Arbeiter verteidigte. Natürlich konnte die heutige Situation in Polen nur in einem politischen Vakuum heranwachsen. Sie reflektiert die Zerstörung der wichtigen Tradition des internationalistischen Kommunismus in Polen durch die blutigen Verfolgungen sowohl durch die Kapitalisten als auch durch die Stalinisten. Diese Tradition wird erst wiederbelebt werden durch eine wiedergeborene Vierte Internationale – durch Revolutionäre, die die Oktobererrungenschaften verteidigt haben als die Gefahr nahe, die Situation komplex und die Notwendigkeit für programmatische Klarheit und Rückgrat dringend notwendig war.

Wir warnen die sowjetischen Arbeiter und das Weltproletariat, daß die Solidarność-Führung unter dem Banner von Nation, Kirche und „freier Welt“ eine blutige kapitalistische Konterrevolution organisiert. Die Schaffung eines „demokratischen“ Polens an der Westgrenze der UdSSR, das Reagan und Haig untertan wäre, würde die schreckliche Vorstellung eines antisowjetischen Atomkriegs viel näher bringen. Solidarnośćs Konterrevolution muß gestoppt werden, bevor es zu spät ist!

Nach Workers Vanguard Nr. 289,  
25. September

## USA . . .

Fortsetzung von Seite 4

verteidigen. Die Spartacist League/U.S. hat sich immer wieder dafür eingesetzt, daß eine Arbeiterpartei nur im Kampf für die Vertreibung der prokapitalistischen Gewerkschaftsbürokratie aufgebaut werden kann, gegen diejenigen, die die mächtige amerikanische Gewerkschaftsbewegung an die falschen „Arbeiterfreunde“ der Demokratischen Partei ketten.

Eine Armee kam nach Washington, nicht 500 000 Individuen – eine Armee von Arbeitern. Es war klar zu sehen: Die Arbeiterklasse ist in der Lage, die Gesellschaft zu organisieren. Aber die prokapitalistischen Bonzen an der Spitze wollen dies nicht: Der Aufbau einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsführung ist entscheidend! Dafür kämpfen seit Jahren in den wichtigsten Industriezweigen von der Spartacist League/U.S. unterstützte klassenkämpferische Gewerkschaftsfraktionen.

Die beliebtesten Losungen am 19. September waren diejenigen, die auf „Reagan muß weg!“ endeten. Aber das darf nicht Unterstützung für die bürgerlichen Demokraten wie Ted Kennedy bedeuten. Reagan kann gestürzt werden, allerdings nicht durch Warten auf die Parlamentswahlen von 1982, sondern durch harten Klassenkampf. 1968 brachte die nordvietnamesische Tet-Offensive die Johnson-Regierung zur Strecke. Die amerikanischen Arbeiter brauchen eine Tet-Offensive der Arbeiterbewegung, um Reagan in die Knie zu zwingen. Dazu bedarf es der Führung durch eine sozialistische Avantgardepartei mit einem marxistischen (trotzkistischen) Programm für die Arbeiterrevolution. Nieder mit den Zerstörungsangriffen auf die Gewerkschaften und mit sozialer Reaktion! Nieder mit Reagans Kriegstreiberei gegen die Sowjetunion! Für militante Arbeiteraktion, um Reagan zu stürzen! ■

**Bestellt!**

**DM 2,-**

Zu beziehen über:  
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1  
Postscheckkonto Ffm 1 1988-601  
(Verlag Avantgarde GmbH)

# Verteidigt...

Fortsetzung von Seite 8

Erdballs aus den Klauen gerissen wurde, unermeßlich gesteigert. Zum Kampf der Rotarmisten gegen die reaktionären vom Imperialismus bewaffneten Mullahbanden sagen wir: Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Das tägliche Massenschlachten in El Salvador im blutigen Gewand des Kampfes gegen die „rote Gefahr“, die Drohungen gegen Kuba fordern von jedem Revolutionär die Antwort: Militärischer Sieg den linken Aufständischen in El Salvador! Die Verteidigung Kubas und der Sowjetunion beginnt in El Salvador! Nach der Invasion der südafrikanischen Kolonialisten in Angola brüstete sich der Außenminister Südafrikas General Magnus Malan: „Wir haben Russen in Angola getötet!“ Der US-Imperialismus macht eine Verurteilung des Überfalls auf das von der mit der Sowjetunion liierten MPLA regierten Landes vom Abzug der kubanischen Truppen aus Angola abhängig. Wer die Völker des südlichen Afrikas nicht hilflos dem Wüten von Bothas Apartheid-Staat ausliefern will, muß fordern: Werft die südafrikanischen Truppen aus Angola raus! USA/Südafrika: Hände weg von Angola! Für Arbeiterrevolution in Südafrika!

Seit Beginn der Streikwellen, die seit dem letzten Sommer Polen erschüttern, hat der US-Imperialismus unablässig versucht, eine Intervention der Sowjetunion in Polen zu provozieren. Die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung Solidarność in dem von stalinistischer Mißwirtschaft zerrütteten und imperialistischen Banken ausgeplünderten Land stellte von Anfang an die Frage: Arbeiterdemokratie oder klerikal-nationalistische Reaktion? Der erste Kongreß von Solidarność hat diese Frage entschieden: Nicht die Herstellung der Arbeiterdemokratie von 1917 – in Polen die Errichtung eines Räte-systems als politisches Machtorgan der Arbeiterklasse durch die proletarisch-politische Revolution – sondern die offene Konterrevolution, die Forderung nach bürgerlicher „Demokratie durch freie Wahlen zum Parlament“, ist das Programm von Solidarność. Wer nicht will, daß 600 000 sowjetische Arbeiter und Bauern, die bei der Befreiung Polens vom Hitler-Faschismus fielen, umsonst gestorben sind, muß dafür eintreten, daß die Konterrevolution der Solidarność gestoppt wird. Sollte die Sowjetunion in Polen intervenieren – auf ihre notwendigerweise bürokratische und blutige Art –, um den Versuch, die Bourgeoisie wieder an die Macht zu bringen, zu zerschlagen, wissen wir auf welcher Seite wir stehen: Verteidigt die Oktobererrungenschaften in Polen! Polen darf nicht kapitalistisch werden!

## Westdeutsche Linke: Keine vaterlandslosen Gesellen

In Westdeutschland haben Millionen von Kriegsgegnern mit ihren Unterschriften unter Friedensappelle klar gezeigt, daß sie auf deutschem Boden – durch den die Frontlinie verläuft und der Kriegsschauplatz Nr. 1 sein wird – keinen atomaren Krieg ausgetragen haben möchten. Daß NATO-Atomraketen binnen Minuten Leningrad erreichen können, schert die „Ohne-mich“-Pazifisten nicht. All diesen hilflosen Appellen ist gemeinsam, daß sie – sei es der ausgesprochen antisowjetische Russell-Aufruf, der die NATO unterstützende Krefelder Appell oder der Anti-Afghanistan-Aufruf des DGB – den Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr in die Bahnen der Unterstützung der eigenen Bourgeoisie lenken.

Die Initiative der Russell-Peace-Foundation fordert in ihrem Aufruf für eine atomwaffenfreie Zone in Europa „insbesondere die Sowjetunion auf, die Produktion von SS-20-Mittelstreckenraketen einzustellen“. Eine Abrüstung der Sowjetunion würde dem Imperialismus Tür und Tor öffnen und nicht seinen kriegerischen Gelüsten Einhalt gebieten. Der Krefelder Appell will die Kriegsgegner glauben machen, daß sich die bis an die Zähne bewaffnete imperialistische Bundeswehr auf märchenhafte Weise in eine „friedliebende“ verwandeln läßt. Die Forderung, daß der westdeutsche Imperialismus Friedensapostel im antisowjetischen NATO-Block spielen soll, bedeutet die Weigerung, für die Zerschlagung der NATO zu kämpfen. Die Deutsche Kommunistische Partei

(DKP) ist der aktivste Unterschriftensammler für den Krefelder Appell, sie weist das Ansinnen die NATO zu zerschlagen ebenso wie die Notwendigkeit, die bürgerliche „Staatsmaschinerie zu zerbrechen“ (Lenin), empört von sich. Seitdem ihr politischer Vorläufer, die KPD, 1933 vor dem Faschismus kampfflos kapitulierte, sind die stalinistischen Parteien über ihre Bindung an die Politik der friedlichen Koexistenz der Sowjet-Bürokratie zu Zwillingen der Sozialdemokratie, zu Parteien des Sozialchauvinismus geworden.

Die DGB-Gewerkschaftsbürokratie hat mit ihrem Friedensaufruf vor allem erneut ihren Frieden mit der SPD/FDP-Raketenkoalition bekräftigt. Helmut Schmidt hat sich

„Vaterlandsverteidiger“ ist die Forderung nach „Frieden, Freiheit, Neutralität“ geworden. „SOS – rettet uns vor den USA!“ und „Ami go home“ ist die einzige Antwort des KB auf die antisowjetische Offensive des US-Imperialismus; er gibt damit der SPD Schützendeckung, die die Welle des Antiamerikanismus benutzt, um die Friedensbewegung unter ihre Fittiche zu ziehen. Gar nicht prinzipienlos unterstützt der „neutrale“ KB alle Appelle, die gegen Neutronenbomben und Mittelstreckenraketen das Giftgas von Abrüstungsvorschlägen (vor allem an die Sowjetunion!) einsetzen: Krefeld, Russell, DGB... Wie wir in unserem Mobilisierungsflugblatt zu einer der von der TLD in Frank-

bis zu dem ehemaligen Luftwaffenoffizier und CSU-Mitglied Alfred Mechtersheimer.

Herbert Wehner drängte darauf, „daß man noch einiges mehr hätte sich bemühen müssen, um diese Demonstrationsakte (die Anti-Haig-Demonstration), die da angekündigt worden sind und nun wohl auch stattfinden, nicht auch noch mit einer Förderung durch die Parteien, die in Bonn die Koalition stellen, zu schmücken“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. September). Schmidt befürchtet von der Bonner Friedensdemonstration eine „Kampfansage an die Regierung“. Und Brandt, der sich zwar nicht gegen eine Beteiligung von Sozialdemokraten an Kundgebungen ausspricht, argumentiert mit Schmidt für die sozialdemokratische Friedenspolitik, die „natürlich auch dem Gesinnungspazifismus eine Heimstatt bieten müsse“ (Frankfurter Rundschau, 30. September). Mag es auch noch so viele taktische Differenzen zur offenen Kriegspolitik der USA gegen die Sowjetunion geben – letztendlich ist das Ziel auch des NATO-Kanzlers Schmidt und der deutschen Imperialisten die Wiedergewinnung der „verlorenen Gebiete“ im Osten. Der deutsche Imperialismus setzt gegenwärtig mehr auf die ökonomische Durchdringung und Unterminierung des Sowjetblocks – Mannesmann-Röhren-Gas-Geschäft und der Versuch, Polen unter die Fuchtel des Internationalen Währungsfonds zu zwingen – und das steht im Gleichklang mit seinen strategischen Zielen der Rückeroberung des Sowjetblocks für den Kapitalismus. Arbeitslosigkeit, Lohnraub und Streichung von Sozialleistungen sind der Preis, den die Arbeiter jetzt schon zahlen müssen für die Aufrüstung gegen die Sowjetunion.

Wer am 10. Oktober nicht unter den antikommunistischen Bannern der Klassenversöhnung marschieren will, hat eine Alternative: Demonstriert im revolutionären Block der TLD! Gegen den ohnmächtigen Fatalismus der Pazifisten, die den Kampf gegen den drohenden Weltkrieg in die Hände der Regierungsparteien delegieren, sind wir die Partei der unversöhnlichen Opposition gegen die eigene Bourgeoisie und ihre Handlanger. Die drei Schweigeminuten auf der Bonner Demonstration zeigen das Wesen des Pazifismus: Ohnmacht, einullende Passivität. Die Anschläge auf US-General Kroesen und den US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein sind militanter Ausdruck berechtigter Wut von Leuten, deren impotente Strategie die Arbeiterklasse als revolutionäre Kraft abschreibt.

Der atomare Holocaust ist nicht unvermeidbar! In der Arbeiterklasse liegt die Zukunft der Menschheit! 1914 ließ sich die Arbeiterklasse durch den Verrat ihrer Führung, der Sozialdemokratie, auf die Schlachtfelder des Ersten Weltkriegs schicken, doch 1918 folgten sie dem Beispiel ihrer russischen Klassenbrüder und nahmen den Kampf gegen die imperialistischen Schlächter auf. In der Tradition Liebknechts, Lenins und Trotzki kämpfen wir dafür, daß das Proletariat mit seiner sozialdemokratischen Führung bricht und die Macht ergreift. In einer Klassengesellschaft gibt es keinen Mittelweg. Entweder wird die NATO die Welt in eine Atomwüste verwandeln, oder die Arbeiterklasse wird das gesamte imperialistische Mordarsenal durch die proletarische Revolution zerschlagen. Die Frage lautet: Sie oder wir! Kämpft mit der TLD für die Verteidigung der Sowjetunion als einer unabdingbaren Voraussetzung für die sozialistische Weltrevolution! Streitet mit uns dafür, daß die Oktoberrevolution von 1917 nicht die einzige erfolgreiche sozialistische Revolution in diesem Jahrhundert bleibt! Am 10. Oktober in Bonn: Demonstriert mit der TLD! ■



gleich zur Kesseltreiberei seiner Freunde in der Gewerkschaftsspitze bekannt und würde „nicht einen Moment zögern“, den Aufruf zu unterschreiben, wenn er nicht an ihn gerichtet wäre. Doch nicht nur Vetter, Loderer & Co. sind bereit, die Protestbewegung gegen die drohende Kriegsgefahr an die sozialdemokratischen Vaterlandsverteidiger zu ketten.

In besonders prägnanter Weise wird die Kapitulation vor der Sozialdemokratie durch die Politik der vorgeblichen Trotzlisten der Gruppe Internationale Marxisten ausgedrückt. Auf dem Weg seiner rapiden Rechtsentwicklung entledigt sich dieser pseudo-revolutionäre SPD/DGB-Fanclub aller trotzkistischen Relikte. Im Verein mit dem (glücklicherweise kurz vor der Auflösung stehenden) schwarz-rot-goldenen Kommunistischen Bund Westdeutschland organisiert die GIM Solidaritätsaktionen für die konterrevolutionären Bestrebungen von Solidarność. Um ihre Respektabilität in der Friedensbewegung zu erkaufen, veröffentlichte die GIM in der was tun vom 18. September die „Kurskorrektur der IV. Internationale“ zu Afghanistan. Die GIM, die sich von Anfang an weigerte, die Rote Armee als Träger des sozialen Fortschritts im vom Feudalismus geprägten Afghanistan zu begrüßen, fordert heute den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Nicht die afghanischen Arbeiter und Bauern werden es der GIM danken, daß sie vor der Kalten-Kriegs-Hetze kapituliert hat, sondern die reaktionären von der CIA unterstützten afghanischen Rebellen, die kommunistischen Lehrern die Haut in Streifen vom Leibe ziehen. Mit ihrer Unterstützung der feudalen Stammesführer befindet sich die GIM in Gesellschaft mit Sadat, der unverhohlen die Lieferung von russischen Waffen – organisiert durch die CIA – an die afghanischen „Freiheitskämpfer“ zugab.

Der Friedensbewegung hat die GIM nichts anderes als den hinlänglich bekannten Dauerlutscher reformistischer Quacksalberei anzubieten: „Arbeitsplätze statt Rüstung!“. Für die erbärmlichen Renegaten vom Trotzismus ist nicht die Verteidigung der Sowjetunion, sondern „der Kampf für die 35-Stunden-Woche... eine wichtige Etappe“ im Kampf gegen die Kriegsgefahr. Wenn die GIM die Sowjetunion überhaupt erwähnt, dann nur, um die Bürokratie anzugreifen, jedoch nicht um die von den russischen Arbeitern 1917 erkämpften – nicht vollständig von der Bürokratie zerstörten – Errungenschaften gegen den Zugriff des Imperialismus zu schützen.

Die „Friedens“politik des Kommunistischen Bundes (KB) scheint dem Nachlaß der heute vom Erdboden verschwundenen mao-stalinistischen KPD zu entstammen. Aus den ehemaligen Polemiken des KB gegen die

furt, Hamburg und Berlin durchgeführten Veranstaltungen schrieben:

„In dieser Situation der zugespitzten Kriegshetze gegen die Sowjetunion sind Revolutionäre nicht neutral: wir haben etwas zu verteidigen! Die ökonomischen Grundlagen des Arbeiterstaates Sowjetunion existieren trotz der bürokratischen Degeneration weiter – ihnen gilt der Haß der Imperialisten. Laßt nicht zu, daß diese Errungenschaften zerstört werden! Wer eine Niederlage der Sowjetunion hin nimmt, verleugnet die Oktoberrevolution!“

## To be or NATO be!

Die Initiatoren der Bonner Friedensdemonstration Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden bestätigen in ihrer Erklärung zur SPD-Debatte über den Friedensmarsch ihre Loyalität gegenüber NATO-Kanzler Schmidt. Ihr utopisches Gefasel über ein „atomwaffenfreies Europa“ kann nicht über die antisowjetische regierungsfreundliche Stoßrichtung der Demonstration hinwegtäuschen. Mit diesen Verfechtern einer Abrüstung der Sowjetunion haben wir nichts gemein! Wer am 10. Oktober dafür demonstrieren will, daß für immer mit imperialistischen Kriegen Schluß gemacht wird, muß mit der TLD marschieren! Wir werden die einzige Stimme sein, die sagt: Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Klassenkrieg gegen die eigene Bourgeoisie! Verteidigt die Sowjetunion gegen imperialistische Aggression!

Am 10. Oktober werden alle diejenigen sprechen, denen es leicht fällt, den Krieg zu verdammen, solange das schon vorhandene Mordarsenal gegen die Sowjetunion und das kapitalistische System nicht angetastet werden. Die Riege der NATO-Rattenfänger reicht von Erhard Eppler, der seegestützte gegen die Sowjetunion gerichtete Raketen befürwortet, über DGB-Bonzen und Pfaffen

## Veranstaltungen der TLD

# Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!

Polen darf nicht kapitalistisch werden!  
Verteidigt die Sowjetunion!

HAMBURG	WESTBERLIN	FRANKFURT
Mittwoch, 28. Oktober	Donnerstag, 29. Oktober	Samstag, 31. Oktober
Postfach 11 22 31 2000 Hamburg 11 Tel.: 040/389 53 59	Postfach 11 06 47 1000 Berlin 11 Tel.: 030/8 82 11 75	Postfach 1 67 47 6000 Frankfurt/Main 1 Tel.: 0611/72 70 54

Ort und Zeit zu erfragen bei den Kontaktadressen

# SPARTAKIST

## Nieder mit der Bonner Raketenkoalition! Verteidigt die Sowjetunion!

Während die US-Imperialisten unter Ronald Reagan die NATO auf einen provokativen Kollisionskurs mit der Sowjetunion führen, mobilisiert die SPD/FDP-Koalition ihre Kräfte, um die „Nachrüstung“ durchzuführen. Schmidt & Co. machen die Drecksarbeit, während SPD-„Linke“ von Brandt bis Eppler die Pazifisten mit ihren Abrüstungsideen in die NATO-Politik der Bonner Koalition zu integrieren suchen. Pazifismus schlägt um in Sozialchauvinismus – wie schon Leo Trotzki bemerkte. Mit dem Schreckgespenst einer CDU-Regierung binden SPD-Linke wie andere Reformisten die Kriegsgegner an die Politik der NATO-Aufrüstung. Der konservative britische Economist (19. September) kommentierte treffend:

„Mit amerikanischer Unterstützung ist es sehr viel wahrscheinlicher, daß Herr Schmidt sich gegenüber der Antiraketenbewegung in Westdeutschland durchsetzt und Belgien und Holland mit sich zieht, als eine CDU-Regierung dazu in der Lage wäre, die zwar in sich geeint, aber ohne eine sichere arbeitsfähige Mehrheit und mit dem Rücken zur Wand gegenüber einer virulenten sozialistischen Opposition dastehen würde. Es wäre nützlich, wenn die Raketen bereits stationiert wären, oder wenigstens eine klare Entscheidung zu ihrer Einbunkerung getroffen wäre, bevor Herr Schmidt abtritt.“

### Zerschlagt die NATO durch Klassenkampf!

„Die Verteidigung der Sowjetunion beginnt in Berlin!“, „Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!“ forderte der militante Block der Trotzkiistischen Liga Deutschlands (TLD) am 12. September auf der von Jusos initiierten Demonstration gegen die Frontstadtvisite des ehemaligen NATO-Oberbefehlshabers in Europa, Alexander Haig. Die Provokation dieses antisowjetischen Kalten Kriegers (im Koreakrieg verdiente er sich seine ersten Sporen), der schon vor Monaten durch seine bonapartistischen Gelüste beim Attentat auf Reagan („Jetzt bin ich am Drücker!“) und durch seine Bemerkung „Es gibt wichtigeres als den Frieden“ von sich reden machte, brachte 80 000 Kriegsgegner auf die Straße. Tausende wutentbrannter Demonstranten bereiteten dem Rollback-Fanatiker einen anderen Empfang als ihn frühere amerikanische Staatsgäste beim Besuch der „Insel der Freiheit“ gewohnt waren. 7 000 Polizisten mußten eingesetzt werden, um den Kriegs-Außenminister vor den erbosten Jugendlichen zu schützen, die in mehrstündigen Straßenschlachten gegen die Kriegspläne des US-Imperialismus protestierten.

Westberlin war nicht zufällig die erste Station bei der Durchführung seiner Mission, um den nervösen NATO-Partner Westdeutschland in Reih und Glied mit den aggressiven Gelüsten der imperialistischen



Block der TLD auf der Anti-Haig-Demonstration am 13. September

Weltmacht Nr. 1, den USA, zu stellen. Haig blickte über die Mauer, wie Carters Mann Brzezinski vor anderthalb Jahren mit einem chinesischen Maschinengewehr in der Hand am Khyber-Paß auf die Rote Armee in Afghanistan zielte. Westberlin ist der Stachel des deutschen Imperialismus im Fleisch des deformierten Arbeiterstaats DDR, ein durch gewaltige Finanzspritzen künstlich am Leben erhaltener antikommunistischer Brückenkopf. Westberlin ist unverzichtbar für die strategischen Ziele des deutschen Imperialismus, der die DDR für ein kapitalistisches Großdeutschland zurückerobern will. Haig erklärte: „Berlin ist nicht nur eine tapfere Stadt, sondern ein Symbol für die Freiheit der ganzen Welt“ (BZ, 14. September). Aber Zehntausende von Arbeitslosen, von Ausweisung bedrohte Ausländer, in verrotteten Wohnungen zusammengepferchte oder durch Mietwucher ausgeplünderte Arbeiterfamilien und die zahllosen Jugendlichen ohne Zukunft wissen, welche Freiheit hier gemeint ist: die Freiheit des Kapitals, zügellos und mit Hilfe der Knüppelgarden der „Demokratie“ seine Profitinteressen durchzusetzen. Der Polizeiterror Lummers gegen die Hausbesetzer, der Tod von Klaus Jürgen Rattay sind der Blutzoll für das „Symbol für die Freiheit der ganzen Welt“!

Die „kalte“ Kriegs-Hetze, die Vorbereitung auf einen heißen Krieg gegen die Sowjetunion, findet nirgendwo klareren Widerhall als in der NATO-Frontstadt Westberlin. Der zynische und skrupellose Kriegsverbrecher, der in Vietnam und Kambodscha Napalm und Entlaubungsmittel regnen ließ, wagte es, der Sowjetunion den Einsatz von Giftwaffen vorzuwerfen. Niemand kann sich – gerade in Westberlin – der Frage entziehen: Auf welcher Seite stehst Du? DDR und Sowjetunion müssen bedingungslos gegen den imperialistischen Eroberungsdrang vertei-

digt werden. Das Verbrennen der zusammengeknüpften amerikanischen und sowjetischen Flaggen auf der Anti-Haig-Demonstration nährt den reaktionären antikommunistischen Chauvinismus, der in Westberlin besonders ausgeprägt ist. Neutralitätsillusionen und der Traum von einer „Unabhängigkeit“ von den „Supermächten“ münden in Antisowjetismus und richten sich gegen die Arbeiterklasse, die die erhaltenen sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution nicht preisgeben darf. Das Proletariat ist die einzige soziale Kraft, die die Macht hat, für immer mit imperialistischen Kriegen Schluß zu machen. Die Arbeiterklasse kann, mobilisiert durch eine revolutionäre trotzkistische Partei, im Kampf für die proletarisch-politische Revolution im Osten und die soziale Revolution im Westen die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands auf die Tagesordnung setzen.

Reagans Serie von kalkulierten, sich eskalierenden Provokationen in den letzten zwei Monaten demonstrieren, daß es kein Auskommen mit dem Imperialismus geben kann. Sein Kreuzzug gegen den Kommunismus richtet sich auf die Zerstörung des Erbes der ersten erfolgreichen sozialistischen Revolution. Nicht Breschnjew steht unter Beschuß, sondern Lenin! Trotz der stalinistischen Konterrevolution, die den Arbeitern die politische Macht entrisen hat, stellen vergesellschaftetes Eigentum, Planwirtschaft und Außenhandelsmonopol einen historischen Fortschritt gegenüber dem verfallenden System des Kapitalismus dar. Genauso, wie jeder klassenbewußte Arbeiter seine Gewerkschaft gegen Angriffe der Kapitalisten verteidigt – trotz der klassenversöhnlerischen bürokratischen Führung – muß die internationale Arbeiterbewegung die noch bestehenden Oktobererrungenschaften der degenerierten Sowjetunion und der defor-

mierten Arbeiterstaaten gegen den Zugriff des Imperialismus verteidigen. Nicht wegen der Bürokratie, sondern trotz der bürokratischen Entartung und gegen die bankrotte Politik der friedlichen Koexistenz muß verhindert werden, daß Reagan „das Kapitel des Kommunismus“ für immer schließen kann. Entspannungsideen und Abrüstungsverhandlungen, wie die geplante Konferenz am 30. November in Genf, werden keinen einzigen Marschflugkörper stoppen. Im Gegenteil werden sie die Arbeiterklasse vor der Offensive des Imperialismus entwaffnen. Nur eine internationalistische Partei, die die Arbeiterklasse gegen die konterrevolutionären Apologeten des „Sozialismus in einem Land“ im Kampf für die proletarisch-politische Revolution zum Sturz der Bürokratie mobilisiert, wird die Errungenschaften von 1917 verteidigen.

### Der Krieg gegen die Sowjetunion ist ein Krieg gegen Dich!

Reagan feuerte eine 12 000 Mann starke Gewerkschaft (PATCO), um den Streik der Fluglotsen zu zerschlagen. Er ist entschlossen, jedes Hindernis auf seinem Weg, die unbestrittene Hegemonie des US-Imperialismus auf der ganzen Welt wiederherzustellen, niederzureißen. Doch nicht nur die Arbeiter und Schwarzen Amerikas müssen den antisowjetischen Krieger fürchten. Reagan hat seine Kriegserklärung an die Proletarier und Unterdrückten aller Länder gerichtet; in erster Linie gegen die Staaten, wo der Kapitalismus durch proletarische Revolution zerschlagen worden ist. Gegen diese Drohung muß jeder, der den atomaren Holocaust verhindern will, Seite beziehen!

Afghanistan hat die Wut der Imperialisten darüber, daß ihnen 1917 ein Sechstel des

Fortgesetzt auf Seite 7

## 10. Oktober: Demonstriert mit der TLD!